vinetur

Deutschland verzichtet auf geplante Erhöhung der Schaumweinsteuer um 20 Prozent

Die Kehrtwende erspart den Erzeugern zusätzliche Kosten. Behörden hatten gewarnt, eine höhere Abgabe werde die Absatzkrise auf den Weinmärkten verschärfen.

Donnerstag, 12. November 2026



Die geplante Erhöhung der deutschen Schaumweinsteuer um 20 Prozent wird nicht umgesetzt. Das teilte das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz am Mittwoch, dem 11. November, mit.

Christine Schneider, Weinbauministerin des Landes, begrüßte die Entscheidung und bezeichnete sie als wichtiges Ergebnis für die Weinbranche und für Rheinland-Pfalz als Weinbauregion. Das Ministerium erklärte, Schneider habe sich früh gegen die Pläne der Bundesregierung ausgesprochen und argumentiert, eine höhere Steuer würde eine Branche zusätzlich unter Druck setzen, die bereits mit schwachen Absätzen und schwierigen Marktbedingungen zu kämpfen habe.

„Wir haben uns von Anfang an klar gegen diese zusätzliche Belastung ausgesprochen und uns durchgesetzt“, sagte Schneider in der Mitteilung. „Die Schaumweinsteuer wird nicht erhöht. Das ist ein gutes und wichtiges Signal für unsere Weinbranche, die sich bereits in einer äußerst schwierigen Lage befindet.“

Laut Mitteilung hatte Schneider die geplante Steuererhöhung kritisiert, weil sie ihrer Ansicht nach die Absatzkrise der Branche verschärft hätte, ohne einen nennenswerten Beitrag zur Stabilisierung des Bundeshaushalts zu leisten. Winzer, Schaumweinproduzenten und der gesamte Handel bräuchten verlässliche Geschäftsbedingungen statt zusätzlicher Kosten, sagte sie.

Rheinland-Pfalz zählt zu den wichtigsten Weinregionen Deutschlands. Das Ministerium stellte die Frage daher als mehr als eine reine Haushaltsangelegenheit dar. Die Verhinderung der Erhöhung sei auch ein Signal für die Wettbewerbsfähigkeit und die langfristigen Perspektiven einer Branche, die für das Land wirtschaftlich und kulturell bedeutend sei.

Aus der Mitteilung geht nicht hervor, wann die Bundesregierung den Vorschlag formell zurückgenommen hat oder ob die Maßnahme aus einem umfassenderen finanzpolitischen Paket gestrichen wurde. Auch enthält sie keine Angaben dazu, welche Mehreinnahmen Berlin von der geplanten Erhöhung erwartet hatte. Im Mittelpunkt standen vielmehr die Auswirkungen auf die Branche und Schneiders Widerstand gegen die Maßnahme.

Für die Getränkeindustrie entfällt mit der Entscheidung zunächst die Aussicht auf eine höhere Steuerbelastung für Schaumwein, der in Deutschland verkauft wird – darunter sowohl heimische Produkte als auch Importflaschen. Das könnte Erzeugern, Abfüllern, Importeuren und Händlern dabei helfen, Preise und Verträge verlässlicher zu planen, während Teile des Weinmarkts bereits unter Druck stehen. Zudem könnte das Risiko sinken, dass zusätzliche Steuerkosten über höhere Preise im Einzelhandel oder auf den Weinkarten von Restaurants und Bars an die Verbraucher weitergegeben worden wären.

Schaumwein nimmt eine sensible Stellung im Getränkemarkt ein, da er nicht nur mit anderen Weinen, sondern auch mit weiteren alkoholischen Getränken in Supermärkten, Fachgeschäften und der Gastronomie konkurriert. In diesem Umfeld kann sich selbst eine vergleichsweise geringe Steueränderung auf Preise, Aktionen und Lagerentscheidungen auswirken. Mit dem Verzicht auf die Erhöhung scheint die Regierung vorerst am bestehenden Steuerrahmen festzuhalten. Damit erhält die Branche kurzfristig mehr Klarheit als während der laufenden Diskussion über den Vorschlag.

Schneider nutzte die Ankündigung, um für einen umfassenderen politischen Ansatz ohne neue Belastungen für Erzeuger zu werben. Laut Ministerium sagte sie, wer die Weinbranche stärken wolle, müsse aufhören, ihr neue Hindernisse in den Weg zu legen, und stattdessen Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Ergebnis zeige, wie wichtig es sei, die Interessen der Branche klar zu vertreten.

Die Mitteilung stellte die Kehrtwende als Erfolg nicht nur für die Schaumweinproduzenten, sondern für die gesamte Weinwirtschaft in Rheinland-Pfalz dar. Dort sind die Erzeugung von Stillwein und Schaumwein eng mit Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel in der Region verknüpft. Zwar nannte das Ministerium keine neuen Unterstützungsmaßnahmen, doch die Botschaft war eindeutig: Aus Sicht der Landesregierung wäre die Steuererhöhung für eine Branche, die bereits stark unter Absatz- und Gewinnrückgängen leidet, zum falschen Zeitpunkt gekommen.